

NACHRICHTEN

Hilmar Gernet gibt Präsidium ab

SURSEE red. An der Delegiertenversammlung der CVP-Amtspartei Sursee haben sich Präsident **Hilmar Gernet** sowie **Adrian Schmassmann**, **Rainer Jacquemai** und **Marianne Steiger** aus dem Vorstand verabschiedet. Kantonsrätin **Heidi Frey** (Sempach) wurde als Präsidentin, **Karin Stirnimann** (Neuenkirch) und **René Kaufmann** (Wilihof) neu als Vorstandsmitglieder gewählt.

Neue Polizisten vereidigt

LUZERN red. 17 Abgänger der Interkantonalen Polizeischule Hitzkirch wurden gestern vereidigt und ins Korps der Luzerner Polizei aufgenommen. Die Vereidigung fand im Gesellschaftshaus der Herren zu Schützen in Luzern statt. Vorgenommen wurde sie von **Yvonne Schärli**, Regierungspräsidentin und Vorsteherin des Justiz- und Sicherheitsdepartements.

Barth Kilian, Reiden; Baumeler Thomas, Dietwil; Bleiker Sandro, Ebikon; Buholzer Philipp, Emmenbrücke; Bütikofer Sandro, Altbüron; Egli Pascal, Luzern; Gerber Matthias, Schangnau; Häfliger Felix, Fischbach; Kathriner Marco, Schenkon; Keller Mirjam, Nottwil; Kurmann Alexander, Nottwil; Lindenmeyer Sebastian, Zug; Lüthi Christian, Hildisrieden; Meyer Michael, Altshofen; Mühlethaler Michael, Rickenbach; Stähli Dominic, Allenswilen; Stirnimann Samuel, Buchrain.

Alt Regierungsrat verkauft Nussgipfel

RUHESTAND tos. Alt Regierungsrat **Anton Schwingruber** (61) hat ein neues Ämtli gefasst. An der Delegiertenversammlung der CVP in Schachen/Werthenstein stand der ehe-

HERAUSGEPICKT

malige Luzerner Bildungsdirektor nämlich selber hinter dem Verkaufstisch. Gut gelaunt versorgte er die Delegierten beim Eingang mit Salmi-Brötchen, Cola-Fläschli sowie Nussgipfel und hielt dann und wann einen Schwatz. Der Werthensteiner gab sich geschäftstüchtig. Er schritt auch mit dem Tablett durch die Reihen und sorgte für Nachschub, als sich die Versammlung am Mittwochabend wegen kontroverser Diskussionen um die Abstimmungsparolen in die Länge zog.

Die Helferin an seiner Seite

POLITIKER Hinter den meisten Ratsmitgliedern steht ein persönlicher Mitarbeiter. Doch nur wenige lassen sich in die Karten blicken.

LUZIA MATTMANN
luzia.mattmann@luzernerzeitung.ch

Jeder National- und Ständerat erhält pro Jahr 31 750 Franken der rund 130 000 Franken Jahreseinkommen für eine persönliche Assistentin, die er nach seinem eigenen Gutdünken einsetzen kann – aber die wenigsten Bundesparlamentarier wollen darüber viele Worte verlieren. Einen Blick hinter die Kulissen gewähren Nationalrat Albert Vitali (FDP) und seine persönliche Mitarbeiterin Susan Widmer-Picenoni (46). Widmer hat bereits acht Jahre als persönliche Mitarbeiterin bei FDP-Nationalrat Otto Ineichen hinter sich. Seit Dezember arbeitet sie beim neu gewählten Nationalrat Albert Vitali in Oberkirch.

«100-Prozent-Job schwierig»

«Allein ein Nationalratsmandat zu bewältigen und daneben einen 100-Prozent-Beruf auszuüben, ist schwierig», sagt Vitali. «Und mich nur von der Politik abhängig machen und den Beruf als Treuhänder aufgeben wollte ich nicht.» Man wisse nie, ob man nach vier Jahren wiedergewählt werde oder nicht – die Entschädigung für einen persönlichen Mitarbeiter sei sinnvoll eingesetzt und unterstütze den Milizgedanken. «Sonst haben wir plötzlich ein Berufsparlament.» Ausserdem meint Vitali zu seinem Nationalratsmandat: «Man muss auch seine Grenzen kennen.»

Susan Widmer arbeitet in einem 30-Prozent-Pensum im Sekretariat von Vitali. Die Unterlagen für die Session büscheln, Tagungseinladungen entgegennehmen und beantworten, Recherchen für Vorstösse machen, Referate und Reden gemäss den Angaben von Vitali vorbereiten, Post und Mails beantworten: So sieht ihr Alltag aus.



Ein eingespieltes Team: FDP-Nationalrat Albert Vitali und seine persönliche Mitarbeiterin Susan Widmer-Picenoni.

Bild Remo Nägeli

Allerdings gehe ihre Arbeit weit über den üblichen Job als Sekretärin hinaus, sagt Widmer. Man müsse die Fühler ausstrecken und schauen, wie die Ideen des Chefs bei der Basis ankommen. «Einem Nationalrat trauen manche Bürger vielleicht nicht mehr ins Gesicht zu sagen, wenn man etwas zu kritisieren hat», sagt sie. «Ich bekomme so etwas eher mit und kann die Stimmen der Basis an den Nationalrat weiterleiten.»

Wie auch als Direktionsassistentin, als die sie einst gearbeitet hat, bekomme sie viel mit, das nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sei, etwa welche Themen intern in der Partei diskutiert werden. «Eine Verschwiegenheitsklausel musste ich nicht unterschreiben – Vertraulichkeit wird bei diesem Job aber vorausgesetzt», sagt sie, die vom Sommer 2010 bis zum Sommer 2011 für die FDP im Luzerner Kantonsrat sass.

Recherchieren für Vorstösse

Im Bundeshaus in Bern ist Susan Widmer-Picenoni kaum anzutreffen. «Da braucht es mich nicht», sagt sie. Auch mit den anderen persönlichen Assistenten der Nationalräte hat sie kaum zu tun, eher schon mit den Generalsekretären der Kantonal- oder Nationalpartei, etwa wenn es um die Erarbeitung von Vorstössen geht, die ihr Arbeitgeber anregt.

Assistenten, die Vorstösse schreiben, Mails beantworten und Themen recherchieren – wozu braucht es denn noch den Nationalrat? «Ich schreibe die Vorstösse ja nicht von mir aus, sondern bekomme den Auftrag von meinem Chef, zu einem bestimmten Thema zu recherchieren», sagt Widmer. So könne es sein, dass zu einem bestimmten Thema bereits ein Vorstoss existiere oder dass sich im Laufe der Recherchen herausstelle, dass ein Vorstoss so keinen Sinn mache. «Die ganzen Abklärungen sind meist sehr zeitintensiv», sagt sie. «Es braucht manchmal auch Mut, dem Arbeitgeber zu sagen, wenn man eine Idee nicht so gut findet.» Albert Vitali bestärkt dies: «Ich erwarte auch, dass ich Ideen für Vorstösse mit meiner Assistentin ausdiskutieren kann und bin froh um Rückmeldungen.»

Nicht alle Politiker brauchen Verstärkung

MITARBEITER red. Welche Assistenten stehen hinter den Luzerner Bundesparlamentariern? CVP-Ständerat **Konrad Graber** gibt an, dass ihn seine persönliche Assistentin der BDO, wo er Partner ist, vor allem in administrativen Belangen unterstützt. Für einzelne Themen ziehe er punktuell Fachleute bei. Auch CVP-Nationalrat **Ruedi Lustenberger** gibt an, dass er «situativ und themenbezogen» auf den Support mehrerer Personen zähle. Zudem leiste seine Frau administrative Mitarbeit. CVP-Nationalrätin **Ida Glanzmann** ver-

zichtet darauf, etwas zur Zusammenarbeit mit einem persönlichen Mitarbeiter zu sagen. Ihr Parteikollege, Nationalrat **Leo Müller**, hat noch keinen persönlichen Mitarbeiter beigezogen, lässt sich aber vom Sekretariat seiner Anwaltskanzlei entlasten. Ausserdem werde er wohl «da und dort Know-how einkaufen», wie er sagt. FDP-Nationalrat **Otto Ineichen** gibt gleich zwei persönliche Mitarbeiter an: einer, Markus Muheim, für sein Projekt Speranza, für die übrige politische Arbeit Carmen Franco. Parteikollege

und Ständerat **Georges Theiler** greift laut eigenen Angaben auf mehrere Helfer zurück, «da niemand alle Bereiche abdeckt». Er hat Leute, die etwa seinen Newsletter verfassen oder Beiträge für Zeitschriften. Keine persönlichen Mitarbeiter haben die Nationalräte **Louis Schelbert** (Grüne) und **Prisca Birrer-Heimo** (SP). Schelbert schreibt, dass er Aufträge je nach Fachgebiet extern verberge, Birrer-Heimo, die auch Konsumentenschützerin ist, überlegt sich, eine persönliche Assistentin anzustellen. Der Grünliberale

Nationalrat **Roland Fischer** hat derzeit keinen persönlichen Mitarbeiter. Er hat seine Anstellung bei der Bundesverwaltung aufgrund seines Nationalratsmandates gekündigt und wird die Arbeiten des Mandats vorläufig selber erledigen. Kein Interesse an einem persönlichen Mitarbeiter zeigt **Yvette Estermann** (SVP): «Ich mache alles selber, es handelt sich ja zum Teil um vertrauliche Sachen.» Auch Parteikollege **Felix Müri** hat keinen persönlichen Mitarbeiter, wird aber vom Generalsekretariat seiner Partei unterstützt.

Neu fünf statt drei Gemeinderäte

GREPPEN mvg. An der ausserordentlichen Gemeindeversammlung von gestern Abend in Greppen stimmten die Stimmberechtigten dem Antrag des Gemeinderates zur Änderung der Gemeindeordnung zu. In Zukunft soll der Grepper Gemeinderat somit aus fünf statt wie bisher drei Mitgliedern bestehen. Entstanden ist der Antrag aufgrund einer Initiative von Claudia Bernasconi, Franz Gisler und Christa Augsburg. 67 Stimmbürger unterstützten in einer geheimen Abstimmung den Antrag, 19 lehnten ihn ab, hinzu kam eine Enthaltung.

Kleinere Pensen

Die Initianten begründeten ihren Antrag unter anderem damit, dass es sich immer schwieriger gestalte, geeignete Nachfolger für das Amt des Gemeinderats zu finden. Durch das Aufstocken von drei auf fünf Gemeinderäte würden die Pensen kleiner, was die Attraktivität des Amtes erhöhen soll. Der erste Wahlgang zu den Gemeinderatswahlen findet am 6. Mai statt.

Zeughaus-Verkauf geht in die zweite Runde

WILLISAU Die Stadt verzichtet auf ihr Vorkaufsrecht auf das leer stehende Zeughausareal. Wer Interesse an dem Grundstück hat, bleibt unklar.

Die Stadt Willisau hat sich vom Kauf des nicht mehr genutzten Zeughaus-Areals im Industriegebiet Rossgassmoos zurückgezogen. Das hat Stadtpräsidentin Erna Bieri gestern nach einer Stadtratsitzung bekannt gegeben. Die Eigentümerin Armasuisse sucht seit Oktober 2011 einen Käufer für die Liegenschaft.

Arbeitsplätze sind gefragt

«Dass wir unser Vorkaufsrecht angemeldet haben, war eine taktische Entscheidung», sagt Erna Bieri. Man wollte Zeit gewinnen, um prüfen zu können, dass nicht ein Anbieter das Land kauft und die Liegenschaft auf eine Weise nutzt, die nicht im Sinne der Stadt ist. Bieri: «Uns ist es wichtig, dass der Zuschlag für das Gebiet an jemanden geht, der neue Arbeitsplätze schaffen wird, und die Liegenschaft nicht einfach als

Unterstand oder für Baulandspekulationen genutzt wird.» Mittlerweile sei jedoch klar geworden, dass die Mitbieter Pläne haben, die im Sinne von Willisau seien. Um wen es sich bei den Mitbietern handelt, wird nicht mitgeteilt, Bieri verweist auf die Eigentümerin Armasuisse. Zu der Anzahl Mitbieter und aus welchen Branchen sie stammen sowie dem geplanten Verkaufszeitpunkt konnte Armasuisse gestern keine Stellung nehmen.

Vorkaufsrecht wird gewährt

Bei solchen Geschäften wird Gemeinden und Kantonen ein Vorkaufsrecht gewährt. Sobald das Ausschreibungsverfahren abgeschlossen ist, erhalten Kantone und Gemeinden, die ein Angebot eingereicht haben, die Möglichkeit, eine Immobilie zum höchsten von einem

privaten Interessenten gebotenen Preis zu erwerben. Sie haben eine Frist von 30 Tagen, um ihr faktisches Vorkaufsrecht geltend zu machen.

Dass die Stadt für sich keinen Bedarf am Areal hat, wurde seitens der Gemeinde bereits im Oktober 2011 mit-

Zu ihm gehören vier Lagerhallen sowie ein Betriebsgebäude. Beim Verkauf geht man von einem Richtpreis von 1,145 Millionen Franken aus. Dabei handelt es sich um überzählige Militärbauten aus dem Jahr 1962, in denen früher Korpsmaterial eingelagert war. Zurzeit seien Teile der Gebäude an Private vermietet. Die Gebäude der Liegenschaft sind gemäss der Verkaufsunterlagen «in gebrauchsfähigem Zustand».

Die Untersuchung einer Zürcher Firma hat allerdings ergeben, dass sämtliche Gebäude asbesthaltige Materialien aufweisen. Da Asbest Lungenkrebs verursachen kann, ist dessen Einsatz heute in der Schweiz verboten. Allfällige Sanierungs- und Entsorgungskosten der Asbestmaterialien sind im Kaufpreis berücksichtigt und gehen zu Lasten des Käufers. Eine weitere Untersuchung hat zudem ergeben, dass auf dem Areal ein Kiesplatz leicht belastet ist, nachdem dort früher teerhaltige Eisenbahnschwellen gelagert wurden.

Der Verkauf des Zeughaus-Areals geht somit in eine weitere Runde.

«Es war eine taktische Entscheidung.»

ERNA BIERI,
STADTPRÄSIDENTIN WILLISAU

geteilt. Willisau hat bereits im Jahr 2007 das Zeughaus Sänti für 1,85 Millionen Franken gekauft. Dort sind heute ein Werkhof und das Magazin der Wasserversorgungsanlagen eingerichtet. Daneben finden diverse kulturelle Veranstaltungen statt. «Zudem fehlen uns für einen derartigen Kauf derzeit die finanziellen Mittel», sagt Erna Bieri.

Das zum Verkauf stehende Zeughaus-Areal umfasst rund 10 000 Quadratmeter.